

Gemeinsam Nachhaltigkeit vor Ort gestalten: Durch Vernetzung und Zusammenarbeit von Initiativen, Zivilgesellschaft & Kommunen

0. Vorbemerkung: Warum Zusammenarbeit?

Wandel ist nur gemeinsam mit allen wichtigen Akteuren möglich - und zwar vor Ort

Für den notwendigen Wandel in eine nachhaltige Zukunft braucht es die Zusammenarbeit aller wichtigen Akteure. Und der Wandel findet vor allem vor Ort statt. Deshalb müssen dort Formate geschaffen werden, damit Verwaltung, Politik (Gemeinderat) und „Stadtgesellschaft“ (Initiativen, Vereine, Wirtschaft...) zusammenwirken können. Viele Erfahrungen wurden dabei in der Lokalen Agenda 21 gemacht, auf die man aufbauen kann. Die Beispiele im folgenden sind häufig aus der Stadt Karlsruhe, die im April 1995 als erste Kommune in Baden-Württemberg im Gemeinderat eine Lokale Agenda 21 beschloss. RENN.süd hat gute Beispiele auch dazu in seinem „Werkzeugkasten des Wandels“ zusammengetragen (www.werkzeugkasten-wandel.de).

1. Es braucht Treiber und Motoren um Nachhaltigkeit gemeinsam gestalten zu können.

Im internationalen Vergleich war die Lokale Agenda 21 (LA 21) in Deutschland stark bürgerschaftlich geprägt. Nach dem Auftakt bildeten sich Arbeitskreise, die gemeinsam mit den Agenda-Beauftragten in den Verwaltungen Projekte erarbeiteten und umsetzten. In der LA 21 sammelte sich der aktive bürgerschaftliche Kern für eine nachhaltige Entwicklung in der Kommune.

Dies sollte für eine örtliche gemeinsame Initiative für eine nachhaltige Entwicklung die erste Lehre sein: Bilde zunächst einen aktiven Kern als Treiber und Motor mit allen Akteuren, die sich aktiv dafür einsetzen. Dieser wird vorwiegend bürger- und zivilgesellschaftlich zusammengesetzt sein. Das können auch gut die neuen, unabhängig entstandenen Nachhaltigkeitsnetzwerke vor Ort als Initiator und Kern sein, wie es hier mit den „Landshuter Machbarn“ durch Marie Sophie Vogel dargestellt wurde. Diese sollten sich auf erste Arbeitsschritte verständigen, wie und mit wem ein sozialer und ökologischer Wandel in der Kommune am besten möglich ist. Wenn die Kommune noch nicht beteiligt ist, sollte auch möglichst schnell ein guter Draht zur Kommunalverwaltung hergestellt werden. Ein solcher Kern wirkt dann auch im wahrsten Sinne des Wortes als Multiplikator: Er spricht weitere Interessierte und Gruppen an, am besten durch konkrete Projekte und Aktivitäten.

Aus einem Projekt an der Uni Lüneburg ist das Wiki „INOve - Initiativen der Nachhaltigkeitsbewegung vor Ort Vernetzen“ entstanden: <https://www.inove.network/wiki/Hauptseite>. Dort sind die Schritte zur Bildung von örtlichen Nachhaltigkeitsnetzwerken ausführlich beschrieben und auch die folgenden Ausführungen finden sich dort. Ferner gibt's viele Beispiele. Bei RENN.süd ist ein kurzes Papier mit den wichtigsten Schritten kurz vor der Fertigstellung.

2. Miteinander reden: Dialogstruktur schaffen

Eine der Hauptideen ist, dass man ein gemeinsames Gesprächsformat institutionalisiert, das einen gleichberechtigten und zielorientierten Dialog ermöglicht. Gegenseitiges und möglichst regelmäßiges Informieren schafft die Grundlage für eine Zusammenarbeit und gemeinsames Handeln.

Ein Beispiel: In Karlsruhe trifft sich die Umweltbürgermeisterin jährlich mit den Umweltverbänden und den Agenda-Gruppen um sich auszutauschen und gegenseitig darüber zu informieren was geplant ist und welche Probleme oder Projekte anliegen

3. Scharniere der Zusammenarbeit schaffen: AnsprechpartnerInnen und Anlaufstellen einrichten

Bewährt hat sich auch, wenn es bei der Stadt eine feste Anlaufstelle für nachhaltige Engagement gibt, an die man sich wenden kann und mit der man zusammenarbeitet, wie es mit den Agenda-Büros geschah. Sonst sollte man sich einen möglichst festen Ansprechpartner suchen. Denn ganz wichtig ist der persönliche Kontakt!

Beispiele wie z.B. dem Agenda-Büro in Uhingen finden sich im „Werkzeugkasten des Wandels“.

4. Sachverstand nutzen: Zivilgesellschaft beteiligen

Wichtig ist zu betonen, warum die Kommune Initiativen, Verbände und Zivilgesellschaft beteiligen soll: Weil es hier einen großen Sachverstand gibt, den man nutzen kann. Und weil man damit die Grundlage für ein gemeinsames Handeln in der Kommune schafft.

Eine gute Möglichkeit bilden Beiräte mit einem festen Kreis von Fachleuten, der die Kommune berät, z.B. in Augsburg und Freiburg als Nachhaltigkeitsbeiräte (siehe „Werkzeugkasten des Wandels“). Beiräte gibt es auch zu Themen wie Klimaschutz, Naturschutz oder Radfahren. Eine Erfahrung aus dem Karlsruher Klimaschutzbeirat: Nicht nur Verbände beteiligen, wie z.B. aus der Wirtschaft die IHK oder HWK, sondern auch innovative und oft kleinere Betriebe, die hier sehr aktiv unterwegs sind. Viele Erfahrungen dazu gibt es auch mit den Agenda-Arbeitskreisen, siehe das Beispiel Uhingen und andere aus dem „Werkzeugkasten des Wandels“.

Verbände, Initiativen und einzelne BürgerInnen können auch gut als sachkundige Bürger (Innen) in Ausschüssen des Gemeinderats fest beteiligt werden und dort ihre Positionen vertreten. Im Karlsruher Umweltausschuss sind von den 25 stimmberechtigten Mitgliedern 10 sachkundige Bürger z.B. aus Umweltverbänden, Lokaler Agenda 21 und wissenschaftlichen Einrichtungen.

Zur Beteiligung von Bürgerinnen an politischen Planungen und Entscheidungen gibt es viele Formate. Ludwigsburg tut dies mit regelmäßigen Zukunftskonferenzen (siehe „Werkzeugkasten des Wandels“). Hierzu gibt es eine Fülle von Materialien. Der Städtetag Baden-Württemberg hat gemeinsam mit Kommunen und Experten „HINWEISE UND EMPFEHLUNGEN ZUR BÜRGERMITWIRKUNG IN DER KOMMUNALPOLITIK“ erarbeitet. Sie enthalten neben Hinweisen und Empfehlungen auch viele kommunale Beispiele und Methodensteckbriefe. Sie stehen als kostenloser Download zur Verfügung: https://www.staedtetag-bw.de/media/custom/1198_71253_1.PDF.

5. Kommunen werden zu Reallaboren: Initiativen und Projekte unterstützen

In der aktuellen Diskussion zu den „Pionieren des Wandels“ wird die kreative Rolle kleiner, örtlicher zivilgesellschaftlicher Initiativen beim Erproben und Finden von Lösungen betont. Solche örtlichen „Frei- und Experimentierräume“ und „Kreative Nischen“ können Kommunen dabei auf vielfältige Weise unterstützen.

Kommunen können Infrastruktur und Freiräume für nachhaltige Projekte ermöglichen, die konkrete Lösungen in der Praxis erproben und aufzeigen. Dies geschieht durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten wie in Bodnegg für ein Reparaturinitiative oder Flächen für Urban Gardening-Initiativen wie die „Essbare Stadt Günzburg (siehe „Werkzeugkasten des Wandels“). Häufig werden auch Dächer für Bürgersolaranlagen bereitgestellt oder Projekte finanziell unterstützt.